

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Formals „Freiburger Zeitung“)

Abonnementspreis:
 12 Monate 6 Monate 4 Monate 3 Monate 2 Monate
 Ausland: Fr. 17.70 Fr. 10.— Fr. 6.90 Fr. 4.50 Fr. 3.—
 Die Sendungsumlage allein: pro Jahr Fr. 50.—
 Postabnahme Nr. 212. Bei der Post besteht 20 St. wöch.
 Abonnements für das Ausland sind am liebsten
 des Bestellers anzugeben, und dort ist der Abonnementspreis zu
 erfragen. Wohnort und Namen des Bestellers, Adresse, Ort, Staat,
 Italien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen etc.

Insertionspreis:
 Für den ersten Tag: 20 St. für die erste Zeile
 Folgende Tage: 15 St. für die erste Zeile
 Für die zweite Zeile: 10 St.
 Für die dritte Zeile: 8 St.
 Für die vierte Zeile: 6 St.
 Für die fünfte Zeile: 5 St.
 Für die sechste Zeile: 4 St.
 Für die siebte Zeile: 3 St.
 Für die achte Zeile: 2 St.
 Für die neunte Zeile: 1 St.
 Für die zehnte Zeile: 1 St.

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Perrefstrasse 38, Freiburg (Schweiz) Telefon 4106. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweizer Annoncenexpedition A.-G. Telefon 1.35

Langenthal
 Maschinen - Heuwender
 Rechen - Pferderechen
 Handrechen -
 Transportanlagen
 Heuauzüge
 Feder und Zangensystemen.
 Wägen - Jauchewägen.
 Pflüge, zwei- dreischarige,
 Pflüge, Kärtselpflüge,
 Räderzahnkultivatoren und
 Walzen. - Säemaschinen.
 Ackerwalzen
 Hühnerfutter.
 Freiburg und Albligen.

Mer
 Auswahl im Lager
 anischen
 maschinen
 möbeln
 dieselben
 chinenagentur
 gasse, FREIBURG
 1.75
 Wirtel!
 Treber

Zu verkaufen
 3 gutgehaltene
VELOS
 Etch zu verkaufen an
 bauer Vogelfang, im Teufel,
 Alterswil.

Ehrings - Bijouterie
 Taschen- u. Wanduhren
 Sorgfältige Reparaturen
Ovide MACHREBEL
 Uhrmacher
 62-78, Lauanngasse, Freiburg

Freiburg
 und Dienstag, 8. April
 3 Uhr und 5 Uhr
 letzte Film der Saison.
eter
er
ules Verne
 Fr. 50; Mittalgalerie
 Kallienhandlung.

Die Frau und der Sozialismus

Referat von **H. Prof. Dr. Berk**, gehalten an der
 Sozialen Woche des Arbeitervereins Freiburg.

B. Was sagt zur Frauenemanzipation das Christentum?

Hören wir die Hl. Schrift: Als die Menschen im Paradies Gottes Gebot übertraten hatten, da kam die Strafe, und sie lautete für Eva und für alle ihre Töchter: „Du wirst unter der Gewalt des Mannes sein, und er wird über dich herrschen“ (Gen. 3, 16). — Ist das der Fall? Lautet es im Ewigen der Gleichberechtigung, oder der Unterordnung der Frau? — Wollte man aber einwenden: Im Neuen Testament und der christlichen Religion gelle das nicht mehr, es sei veraltet; und die moderne Kultur verlange, daß die Frau auch mitrede und mitberate in Gericht und Rat, in Kirche und Staat — so möge man den 1. Kor.-Brief aufschlagen (14, 34 und 35), wo der Hl. Paulus sagt: „Die Weiber sollen in den Versammlungen sich wiegen; denn es ist ihnen nicht gestattet zu reden; sondern sie sollen untertänig sein, wie auch das Gesez sagt... Es steht den Weibern ähnlich, in der Versammlung zu reden.“ — Auch den Christen in Ephesus schreibt der Hl. Paulus: „Die Weiber seien ihren Männern untertänig wie dem Herrn“ (Ephes. 5, 22). Dasselbe Gebot gibt er im Briefe an die Kolosser (3, 18): „Ihr Weiber, seid untertan euern Männern, wie es sich geziemt, im Herrn.“ — Sollten einem jedoch diese klaren Worte des Apostels nicht genügen, dann sagt ihm der Hl. Petrus: „Die Frauen sollen ihren Männern untertan sein“ (1 Petr. 3, 1). — Das Alte wie das Neue Testament stimmen also vollkommen überein in dem Grundsatz: Mann und Frau sind nicht gleiches Geschlecht in der häuslichen und politischen Gesellschaft — denn der Mann ist übergeordnet, die Frau hat zu gehorchen.

Die ganze kirchliche Literatur bis zur Gegenwart vertritt dieselbe Lehre: Mann und Weib sind gleich hinsichtlich der Menschwürde, des Wertes der Persönlichkeit und der Stellung vor Gott; aber in der häuslichen und bürgerlichen Gesellschaft besitzen Mann und Weib nicht dieselben Rechte und Pflichten, sondern die ungleiche natürliche Ausstattung weist den beiden Geschlechtern auch verschiedene Pflichtenkreise und Tätigkeitsgebiete zu. Schon unter den Kirchenvätern gibt es nicht einen einzigen, der nicht die häusliche und bürgerliche Unterordnung der Frau anerkannt würde. Sehr lehrreich ist über diesen Punkt die Schrift von Professor Mausbach „Christliche und moderne Gedanken über Frauenfrage und Frauenberuf“. Mausbach zeigt insbesondere am Beispiel des Hl. Ambrosius, wie die Kirchenväter mit einer hohen Wertschätzung des Frauengeschlechtes, zumal des Mutterberufes und des jungfräulichen Standes, einen klaren Blick für die wirkliche, gottgewollte Stellung der Frau im Leben der Menschheit verbanden.

Wie das christliche Mittelalter über diese Frage dachte, zeigt in überaus lehrreichen Darlegungen Vater Manser, O. Pr., in der soeben erschienenen Schrift „Die Frauenfrage nach Thomas von Aquin“. P. Manser zeigt, daß gemäß der klaren Lehre des Hl. Thomas die Unterordnung in der Natur des Weibes verankert, also in den göttlichen Satzungen und in der naturrechtlichen Ordnung begründet ist. Ist die Frau aber naturrechtlich untergeordnet, so kann sich diese Unterordnung nicht allein auf die Ehe und das häusliche Zusammenleben beziehen; denn die Natur bleibt immer dieselbe, sondern sie muß sich auch auf das bürgerliche - öffentliche - politische Leben beziehen. Ist sie aber bürgerlich dem Manne unterworfen, so kann nicht von bürgerlicher Gleichheit der beiden die Rede sein.“ (S. 16.)

In der Lehre von der häuslichen und gesellschaftlichen Unterordnung der Frau stimmen endlich alle katholischen Moralphilosophen, Moralphilosophen und Kanoniker vollkommen überein. Es gibt nicht einen einzigen katholischen Theologen oder Kanoniker, der den Emanzipations-Theorien der heutigen Frauenrechtsbewegung zustimmen würde. Mit durchschlagenden Gründen werden diese revolutionären Lehren der heutigen Frauenbewegung widerlegt. In den trefflichen Büchern „Die Frauenfrage von P. Cahrein, S. J.“, die Frauenfrage vom Standpunkte der Natur, der Geschichte und der Offenbarung“ beantwortet von P. August Höfeler, C. S. R.

Der Blick auf die Lehre des Christentums über die Stellung der Frau in der menschlichen Gesellschaft lehrt also unzweifelhaft: Sowohl die ganze heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments wie die gesamte kirchliche Ueberlieferung von den Apostelzeiten bis zur Gegenwart stimmt vollkommen und ohne irgendwelche Ausnahme überein in der Forderung: Die Frau ist im häuslichen und gesellschaftlichen Leben dem Manne untergeordnet.

III.
 Wir wissen ganz gut, daß heute, im Zeitalter der Weltrevolution, die Bahndeeen der Anarchie viele Geister verwirren und auch in den Köpfen vieler Katholiken und Katholikinnen großes Unbehagen anrichten. Aber die Tatsache kann uns nicht betrogen, Grundsätze der christlichen Offenbarung und des Naturrechtes preiszugeben oder zu verschleiern. Im Gegenteil! Je während der Aufrüstung des Bolschewismus gegen die Felsenburg der christlichen Familie wird, desto nachdrücklicher und mühtiger muß die Abwehr sich gestalten. Darum sagen wir mit P. Manser:

Es liegt in der politischen Gleichberechtigung der Frau und ihrer Beteiligung mit dem lebensgeschäftlichen politischen Gebiete etwas, das dem adösten Teile ihres hohen Frauen- und Mutterberufes widerspricht, etwas, das die von Gott geschöpfene Frauennatur verletzt. Wir Katholiken sind durch nichts stark, als durch unsere Prinzipien. Da liegen die Wurzeln unserer Kraft. Die Zeitverhältnisse ändern diese Prinzipien nicht. Was den göttlichen und naturrechtlichen Satzungen zuwider ist, wird sich immer rächen. Die Geschichte der Frau weist uns gerade darauf hin. Wägen andere die Pfäde der natürlichen Ordnung verlassen, das ist ihre Sache. Wir sollen uns dieses Fehltrittes nicht durch unsere Mitwirkung schuldig machen! (O. C. S. 18.)

Wir können daher unsere Ausführungen in folgende Schlusssätze zusammenfassen:

1. Der Sozialismus vertritt betreffend die Frau und die Familie den Grundsatz der „freien Liebe“; er erklärt die Ehe als ausschließlich, gestattet den Ehebruch und verlangt, daß an Stelle des einzelnen Hauswesens die Erziehung der Kinder durch den Staat und durch besondere Vermittlungsorgane trete. — Diese Grundsätze aber müßten die Menschheit zum Zustande vollkommener Barbarei oder zum wirklichen Bolschewismus führen.
2. Die sozialistische Forderung der politischen Gleichberechtigung oder bürgerlichen Emanzipation der Frau verstoßt gegen das Naturrecht, gegen die christliche Offenbarung, gegen die ganze christliche Tradition und gegen das einstimmige Urteil der Vertreter der christlichen Wissenschaft. Diese Neuerungen würde die Frau nicht befreien, sondern erniedrigen und ihrer wahren Würde berauben. — Die Forderung der Frauenrechte ist daher vom katholischen Standpunkte aus entschieden abzulehnen.
3. Wie das Christentum die Frau auf ihrer unwürdigen, niedrigen und zur ebenbürtigen Gehärtin und Gehärtin des

Mannes erhoben hat, so hat sie der Frau das schönste natürliche Ziel gegeben in der Mütterlichkeit und das edelste übernatürliche Ziel in der Jungfräulichkeit. — Im Rahmen dieser natürlichen und übernatürlichen Lebensaufgaben eröffnet sich der Frau ein herrlicher, gegenstandsloser Wirkungskreis in der Jugendziehung, in der Kranken- und Armenpflege, überhaupt in allen Zweigen der wertvollen Nächstenliebe, sowie in dem weitestgehenden Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege.

4. Das Idealvorbild der christlichen Frau und Jungfrau ist also nicht das englische Wahweib, sondern Maria die Jungfrau und Gottesmutter. Ihr Programm aber ist nicht die Forderung der „Freiheit“ und „Gleichheit“, sondern das erhabene Wort des Heiligsams und der Demut: „Sieh ich bin die Magd des Herrn, mir geschehe nach deinem Worte.“ — Darum bleiben wir auch in dieser Frage auf dem alten, festen Boden unseres Glaubens. Die Revolution mit ihrem Freiheits- und Gleichheitsgesez geht vorüber; — die Wahrheit Gottes aber steht fest in Ewigkeit.

Kampf gegen die Religion.

Im sozialistischen „Volkstaat vom Wachtel“ schreibt der Arbeitersekretär von Nütli (Zürich) zur Illustration der Behauptung, die Sozialdemokratie sei religiös neutral, was folgt:

Warum existiert die christliche Gewerkschaft? Weil die „Sparzwörter“ im ihren Einfluß fürchten, weil sie ohne diese ihr Bestimmungswort nicht erfolgreich fortsetzen können. Auch diese Herren sehen die neue Zeit mit Misvergnügen an. Obwohl sie wissen sollten, daß einem weltgeschichtlichen Werden, wie wir es heute erleben, keine Macht der Welt halt gebietet kann, möchten sie doch dem großen Widerwert in die Spielchen fallen. Die neue Zeit, sie wird auch vor den reichen und ausgebeuteten Kirchen nicht halt machen, sondern diese der Allgemeinheit zur Verfügung überweisen.“

Das Pariser „Journal du Peuple“, das Sprachorgan der französischen Sozialdemokraten, der zukünftigen politischen Machthaber, hält den Kampf gegen die Religion für eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Es schreibt: „Die Religion, wohlverstanden alle Religionen, denn alle, die eine wie die andere sind gleich verwerflich, die Religion, das ist der Feind, diesen müssen wir bekämpfen. In der Religion liegt die Quelle, an der die Menschheit zugrunde geht, wenn es uns nicht gelingt, die Quelle zu verstopfen.“

— Trotz der immer wiederholten Kampfanfrage der Sozialdemokraten an alles Religiöse und besonders Christliche, gibt es immer noch so naive Katholiken, welche glauben, ohne Gefahr des Glaubens der Sozialdemokratie angehören zu können.

Der Völkerbund wird notwendig.

Der „Temp“ schreibt, der Völkerbund werde immer notwendiger. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen brauche Frankreich eine internationale Organisation zur Erlangung aller für seine Sicherheit notwendigen Garantien. Das internationalisierte Romantambo habe eine ständige militärische Besetzung des Rheines vorgeschlagen. Dazu würden nach Ansicht des „Temp“ neben belgischen und französischen auch britische und amerikanische Truppen gehören. Wenn aber die Vereinigten Staaten es als unmöglich betrachten, Truppen in Europa stehen zu lassen und wenn die Streitkräfte Englands nicht ausreichen, um Befehlungsstruppen für den Rhein abzugeben, was soll dann die französische Regierung tun? Sollen französische Truppen allein mit Unterstützung belgischer Truppen einmarschieren? Diese Last wäre für die französischen Schützen zu schwer. Die Befestigung des Rheines sei, so sagt man, ein gemeinsames Werk für die Guthaber der Alliierten. Aber warum soll nur Frankreich allein dieses Pfand halten?

Ein Pensionsberechtigter.

Am letzten Samstag, den 29. März, ist den Lesern der „Neuen Zürcher Nachrichten“ mitgeteilt worden, was in eingeweihten Kreisen seit einigen Wochen bekannt war: Herr Georg Baumberger, seit 1904 Chefredaktor des katholischen Zürcher Blattes kündigte als solcher seinen Rücktritt an.

Die Gründe, welche den verdienten Redaktor zu diesem Schritte bewegen haben, werden dabei nicht angeführt. Ein Hinweis auf das vorgerückte Alter, auf 38-jährige Dienstzeit, alle Zeit an erponierten Posten, die meisten Jahre Kampffahrt, oft heisse Kampffahrt und der Wunsch „nach einem größeren Maße an geistiger Selbstentfaltung“, als es dem leitenden Redaktor eines politischen Blattes gestattet ist“ für die kommende Zeit, da aus einem Chaos in noch ungreifbaren Umrisen eine neue Welt entsteht; das scheinen die Motive des Rücktrittes zu sein.

Indes handelt es sich nicht um einen Rückzug in die wohlverdiente Ruhe des Alters. Als Parteiführer der christlich-sozialen Partei in Zürich wird Baumberger weiter ausbarren und auch als Mitarbeiter „in den wichtigeren Kurstagen“ der Politik an den „Neuen Zürcher Nachrichten“. Wenn die Zeit es gestattet, so soll ein Stück die Epochen seiner politisch-journalistischen Tätigkeit während der 38 Jahre Dienst an der Öffentlichkeit zukunftsweisend sein.

Wenn dies nicht der Fall wäre, wenn Herr Baumberger völlig in den Ruhestand treten würde als Tageschriftsteller, so müßte die Schweizerische, und vorab die katholische Journalistik dies als einen großen Verlust buchen. Und trotzdem bescheidet einem dabei ein schwerliches Gefühl, deshalb besonders, weil ein Mann von solcher Arbeitsleistung im Interesse der Öffentlichkeit und der Allgemeinheit leer ausgeht, wenn er „geht“, ohne Aussicht auf den Bezug einer Pension, die er wohl eher verdient hätte, als so viele, für die von Staatswegen dafür gesorgt wird.

Ein soziales Programm.

In morgiger Nummer werden die „Freiburger Nachrichten“ in ausführlicher Weise das Referat von

Herrn Nationalrat Surer: Der soziale Ausgleich

widergeben. Die Ausführungen von Dr. Surer, in der Schlußversammlung der Freiburger Sozialen Woche bedeuten für die heutige Zeit ein Programm. Wir machen unsere Leser und alle Interessenten besonders darauf aufmerksam.

Konservative Fraktion der Bundesversammlung.

In der Sitzung der katholisch-konservativen Fraktion der Bundesversammlung vom 2. April widmete der Vorsitzende, Nationalrat von Strang, dem verstorbenen Kollegen Dominik Hellmann von Sursee einen warmen Nachruf und begründete als neues Mitglied Nationalrat Dogmamentia von Bellinzona, den Nachfolger von Chicherio sel. Darauf kamen vier eigenhändige Vorlagen zur Beratung. Ueber die Initiative betrug die Überlegung der Militärjustiz referierte Nationalrat Grünfelder, St. Gallen, in abnehmendem Sinne. In der Diskussion kam der Wunsch nach einem Gegenentscheid, jedoch zum Ausdrück. Weiter referierte Ständerat Dr. Müller über die Vermehrung der Zahl der Bundesräte in abnehmendem Sinne. Nationalrat Dr. Feigenwinter referierte über die 10 Millionen-Vorlage zur Bekämpfung der Wohnungsnot in den großen Städten. Zu der anschließenden katholischen Diskussion wurde von mehreren Botanten bedauert, daß diese sogenannte „Linderung der Wohnungsnot“ am falschen Ende angefaßt sei und die wichtige Sache durch ein solches Vorgehen ohne

festen Boden einer Geldvermehrung gleichkomme. Die Sanierung der Wohnungswirtschaft auf rationaler Basis wurde hingegen einmütig als dringendes Postulat anerkannt. Schließlich referierte Nationalrat Schubiger noch über die Vorlage betr. Erhöhung der Besoldung der Bundesrichter. Opposition machte sich von seiner Seite geltend.

Im Generalstreikprozess zu Bern

folgte am letzten Mittwoch, wie bereits gemeldet, die Verteidigung des Herrn Dr. Huber von Hofschang. Er ist unseren Lesern nicht unbekannt. Hat er doch im Großen Rate zu St. Gallen die Behauptung aufgestellt, ein Offizier des Bat. 17 habe sein gegebenes Ehrenwort gebrochen. Da die Behauptung sich auf „neueste Erkenntnisse“ berief, und momentan im Großen Rate niemand widersprechen konnte, so machte sie begreiflicherweise tiefen Eindruck. Man war weit entfernt davon zu glauben, daß der Vizepräsident des St. Gallen Großen Rates berart mit der Wahrheit umgehe. Tags darauf wurde allerdings die ganze Persönlichkeit des Herrn Huber durch Nationalrat Dr. Grünenfelder aufgedeckt.

Dieser Huber also hielt die Verteidigungsrede der Herren Ehr, Reithaar, Schneeburger und Kaufmann. Nachdem er erst jüngst derartige Proben seiner „Wahrheitsliebe“ abgelegt und dabei sich an der Ehre unserer Offiziere und Soldaten berart vergangen hat, so wird er schon begreifen, daß wir seinen Ausführungen kein allzu großes Gewicht beilegen und damit kurzen Prozeß machen. Eine Stelle daraus wollen wir unseren Lesern doch vorlegen, der Kuriosität halber. Huber sagt:

„Der Prozess ist für die herrschende Klasse allerdings zu einer Enttäuschung geworden und der beabsichtigte Fuzilmord wird nicht stattfinden, da die ganze Anklage jämmerlich zusammengebrochen ist. Aus der Anklage gegen die Arbeiterklasse ist die Anklage gegen den heutigen Staat und gegen die heutige Gesellschaft geworden. In seiner Generalstreikproklamation vom 12. November hat der Bundesrat sich darauf berufen, daß er während des Krieges für die arbeitende Bevölkerung alles getan habe, was ihm möglich war. Dieser Prozeß hat aber erwiesen, daß der Bundesrat für den Arbeiterschutz so gut wie nichts getan hat, und daß das Wenige was geschehen ist, ihm von der Arbeiterschaft unter Protesten und Drohungen abgerungen werden mußte. In derselben Proklamation hat der Bundesrat weiter versprochen, daß etwas geschehen müßte, und daß in der sozialen Politik ein anderes Tempo angeschlagen werde.“

Was aber ist in Wirklichkeit seitdem erfolgt? Man hat die Politik aufgeben, man hat eine Reihe von Arbeitern ins Gefängnis geschickt und will nun noch die Führer der schweizerischen Arbeiterschaft ins Gefängnis schicken und im Ständerat ist bereits eine Motion angebracht, die das Streikrecht des Bundespersonals aufheben will. Das ist der ganze angelegte Fortschritt.“

Dann wendet er dem Freisinn ein „blumenreiches Stränchen“. Davor, vielleicht per Gelegenheit ein ander Mal.

Berhandlungen vom 3. April.

Die Verhandlungen werden Donnerstag morgen 8 Uhr fortgesetzt. Das Wort erhält als Berichtiger von Grosspierre, Perrin, Schürch und Ryser, Nationalrat Raine, der für seine Mitmenschen ebenfalls einen Freispruch in vollem Umfang beantragt. Raine führt aus: Die Novemberereignisse seien als Ganzes als eine so bewundernswürdige Kundgebung des Willens des Proletariats, daß es unmöglich erscheint, einzelne Handlungen aus dem Geschehen herauszugreifen. Es ist darum auch ganz unmöglich, für diese Kollektivhandlung einzelne Verantwortliche herauszugreifen zu wollen.

Die russische und deutsche Revolution waren natürlich ermunternd für das schweizerische Proletariat. Nur den Führern ist es zu bedauern, daß es nicht zum Bürgerkrieg kam. Ganz erstaunlich erscheint der Strafentwurf gegen Schürch (Sekretär des Gewerkschaftsbundes), der wie Dürr, den der Auditor eventuell freisprechen will, nur als Beamter gebrandet hat, und dennoch wie der Erzverführer Grimm für 8 Monate ins Gefängnis wandern soll. Ryser und Grosspierre sind alle Gewerkschaftsbeamte. Ryser ist bereits Großvater und es ist für ihn der letzte Moment, um noch Märtyrer zu werden. (Gelächter.)

Die Verhandlungen werden hier um 10 1/2 Uhr abgebrochen und auf nachmittags 2 Uhr verlagert, wo der Auditor das Wort zur Disposition ergreift. In einer Sitzung vom Freitag vorrüber wurde sodann die Verteidigung (Huber und Kaufmann) das Wort zur Duplik erhalten, worauf die Verhandlungen zum Abschluß kommen, da die Anproklamation auf ein Schlusswort verzichten. Das Urteil wird erst nächste Woche gefällt.

Bundesversammlung

Nationalratssitzung vom 3. April

Für das Flugwesen und den Motorwagenverkehr pro 1919 werden nach Referaten von Biquet, Waadt (Präsident der Finanzkommission), Scheurer, Bern und Mermond, Waadt, die verlangten Kredite von total Fr. 1,714,383 bewilligt!

Ueber die Organisation des Justiz- und Polizeidepartementes referiert Göttscheim. 6 Abteilungen sind vorgeschlagen: Justizabteilung, Grundbuchamt, Polizeiabteilung, Bundesanwaltschaft, Versicherungsamt und Amt für geistiges Eigentum. — Französischer Referent ist Gaischel, Jura.

De Vardel, Neuenburg, verlangt das Wort, um sich zu beschweren, daß Geschäfte behandelt werden, die nicht prestant sind, während andere von Session zu Session, von Jahr zu Jahr verschoben werden. Diese beiden Organisationen, Finanz- und Justizpolizei seien nicht von dringender Natur. Diese vorliegende Organisation erweitert den bürokratischen Apparat um ein bedeutendes und alle Grenzen überschreitend.

Dardel verlangt, daß zuerst das Besoldungsgesetz beraten werde und beantragt, auf diese Organisation nicht einzutreten. B. Rat Müller lehnt die Vorwürfe ab. Mit der Reorganisation des Departementes ist vor dem Krieg begonnen worden. Das Justiz- und Polizeidepartement hat die älteste Organisation.

Die Dringlichkeit liegt bei Justiz, Polizei- und Bundesanwaltschaft. Die einheitlichen Geschäftskammern liegen darin, eine Organisation zu schaffen, die elastisch genug ist, um den Anforderungen der Zeit zu genügen. Die Fremdenpolizei als Kriegsabteilung ist mit vollem Bewußtsein nicht in diese Organisation aufgenommen worden.

Mit 62-9 Stimmen wird Eintreten beschlossen. Ohne Diskussion passiert die Vorlage. Sie wird mit 66 Stimmen ohne Opposition (Enthaltung) angenommen.

Ueber Beschränkung der außerordentlichen Vollmachten

referiert für die Minderheit De Meuron, Waadt (lib.-kons.), die am Beschluß, bedingungsweise Aufhebung, scheidet. Die Mehrheit Referent Meyer, Zürich, beantragt, die auf Grund der Vollmachten gefassten Beschlüsse der nächsten Tagung der Bundesversammlung vorzulegen, die Neutralitätskommission auszusprechen.

Peter, Genf (freis.), beantragt zu Ziffer 1 für den Fall der Ablehnung des Minderheitsantrages, der Neutralitätskommission konjugativen Charakter zu geben und alle Notverordnungen im Parlament vorzulegen.

Bundesrat Schulthess erwidert: Wirtschaftlich ist noch keine Veruhigung eingetreten. Keine Regierung, die es mit den Pflichten ernst nimmt, kann darauf verzichten bis zur nächsten Tagung des Parlamentes die nötigen Maßnahmen zu treffen. Auf dem Gebiete des Ernährungswesens kommt das Ernährungsamt oft in Zoll, Maßnahmen treffen zu müssen, die unmöglich auf eine Bundesversammlung verschoben werden können. Nehmen Sie den Ständerätlichen Beschluß an.

In eventueller Abstimmung wird der Antrag der Mehrheit dem Antrag Peter vorgezogen. Definitiv wird der Artikel 1 nach Ständerat mit 83-35 Stimmen gegen Mehrheit angenommen. Mit 70-15 Stimmen wird die Genfer Initiative abgelehnt. Die Vorlage ist hiemit im Sinne des Ständeratsbeschlusses angenommen.

Gipke und Minderzeichner stellen eine Interpellation betr. die Vorarlberger Anschlagfrage und des Mißempfanges der Vorarlberger Deputation.

Musch, Freiburg, interpellierte den Bundesrat über seine Stellungnahme zur Initiative Rothensberger und die Folgen für die wiederholte Kriegsteuer. Schluß 1 Uhr 40. 4 1/2 Uhr Nachmittagsitzung.

Verkürzung der Arbeitszeit.

(Mitg.) Der Bundesrat hat auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartementes beschlossene, den eidgen. Räten einen Gesetzesentwurf einzubringen, der die Arbeitszeitbestimmungen des Fabrikgesetzes von 1914 abändert. Er bittet gleichzeitig, die Priorität zu vertellen, und die Kommissionen zu bestellen. Der Entwurf soll so rasch wie möglich, sehr wahrscheinlich aber bis Ende April zur Verfügung der Bundesversammlung liegen.

Das Projekt beruht grundsätzlich auf der Einführung der 48-Stunden-Woche für die Betriebe, die dem Fabrikgesetz unterliegen. Es steht eine Uebergangszeit für solche Betriebe vor, die bis jetzt eine wesentlich längere Arbeitszeit gehabt haben und erlaubt dem Bundesrat für solche Industrien, die mit einer länger arbeitenden ausländischen Konkurrenz zu rechnen haben, auch eine verlängerte Arbeitsdauer festzusetzen. Die Frage ist noch nicht entschieden, ob und inwieweit die Bestimmungen über die Arbeitszeit auch auf Betriebe zur Anwendung kommen sollen, die nicht dem Fabrikgesetz unterliegen.

fest, daß die Versorgung Deutsch-Böhmens mit den von der Entente bereit gestellten Lebensmitteln nicht auf dem Umwege über Prag, sondern direkt durch amerikanische Kommissionen in Deutsch-Böhmen selbst durchgeführt werde.

Gesucht, gesucht, gesucht.

Zu seiner Nummer vom 2. April führt das „Emmentaler Blatt“ im Inseratenteil nicht weniger als 96 Stellenangebote für Zimmermädchen, Mädchen und junge Töchter zur Auswahl im Haushalt, Adhanten, Wägen.

Der soziale Aufstieg des Volkes macht sich nun in einem Mangel an Arbeitskräften für den Haushalt geltend. Die gleiche Skalamität zeigt sich auch in Freiburgerlanden, obwohl es hier nicht an dem Inserat in der Zeitung erkennbar ist. Denn bei uns wird man eher eine Tagelöhnerin weit laufen, um den Spuren eines Gerüchtes folgend, eine Magd zu suchen, statt durch ein Inserat in der Zeitung rascher und weit billiger zum Ziele zu kommen.

Ein „Minister vors Auswärtige“ gesucht.

Zu den Eingängen eines preussischen Regierungsbüreaus in Berlin findet sich das Original eines „Verordnungsschreibens“, das von dem guten Freunde des unruhlich verflochten Kultusministers Adolf Hoffmann stammte. Der Brief, der aus Weisse kam, hat folgenden Wortlaut:

„Weisse, den 19. 12. 18. Lieber Adolf! Hast meine Karte nicht gefischt. Du solltest mich doch einen guten Posten besorgen in einigen Tagen werde ich entlassen und komme wieder nach Breslau Grabschän 8. Ich habe gesehen das ein Minister vors Auswärtige gesucht wird. Du weißt, daß ich immer vors Auswärtige war und müßt du mich den Posten zukommen lassen. Gaubische ist das es feste Moneten gibb ich freie mich immer das du son Schwein gehabt hast. Was meine Idee ist die kommt jernig nach Berlin und macht allens mit. Adolf das soll einem Gaj geben! (Folgt Unterschrift.)“

Ausland

Aus dem Sitzungsbericht der Waffenstillstands-Kommission vom 31. März: Auf Grund von Zeitungsnachrichten erfuhr die deutsche Kommission um schnelle Feststellung, ob tatsächlich 60,000 deutsche Kriegsgefangene von England und Frankreich in die zerstörten Gebiete befördert werden sollen. Die Alliierten wurden um Mitteilung gebeten, wann die Verhandlungen in Rotterdam über den Verkauf deutscher in neutralen Häfen liegender Schiffe beginnen, deren Erlös gemäß dem Brüsseler Abkommen zur Bezahlung der Lebensmittel verwendet werden soll.

Die Verhandlungen in Pont St. Mazence. (Sabas.) Die Herren de Rastre und De Boucelles, Mitglieder der Finanzkommission des obersten alliierten Rates, begaben sich am Mittwoch Nachmittag in das Schloß de la Bilette, wo sie mit den deutschen Delegierten eine erste einstündige Zusammenkunft hatten. Die Delegierten nahmen nur Fühlung untereinander und tauschten ihre Ansichten aus. Eine neue Sitzung, der auch auf französischer Seite der englische Delegierte Kapitz beizuwohnen wird, wird am Donnerstag stattfinden.

Im „Freien“ Ägypten. Kairo, 3. April. (Neuter.) Eine amtliche Meldung erklärt, daß infolge der militärischen Besetzung die Lage sich rasch gebessert hat. In den Provinzen Salsiba und einigen anderen herrscht Ruhe. 70 Verhaftungen wurden in Tsch vorgenommen, 120 in Becha und 30 in Galsib. Zahlreiche weitere Verhaftungen wurden später vorgenommen. Die gestohlenen Gegenstände wurden zurückerstattet. Die ländliche Polizei geht ihrer Aufgabe fest und mit Disziplin nach.

Die italienischen Sozialisten erstreben eine Zusammenkunft der sozialistischen Deputierten Italiens, Frankreichs und Englands und der Arbeitervertreter der drei Nationen, um eine gemeinsame Aktion gegen eine eventuelle militärische Expedition nach Ungarn und Rußland ins Werk zu setzen.

Interessensphäre. Das „Giornale d'Italia“ sagt, daß Italien seit langer Zeit in Kleinem Interesse hat, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Die „Tribuna“ sagt, daß Abalia der Mittelpunkt der italienischen Anstrengungen ist. In Abalia landen am 29. März 2 Kompanien italienische Marine-Soldaten.

Der Streit dauert in Katalonien und einigen Städten Spaniens an. Nur einige Industrien haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Tram verkehren nicht. Es erschienen keine Zeitungen.

Hungerstrot. Wie die „Neue Freie Presse“ erzählt, messen übereinstimmende Berichte aus Deutsch-Böhmen von eintrübenden Neulandern, daß sich in den norddeutschen Industriebezirken ein Hungerkatastrophen vorbereite. Das Blatt verlangt daher drin-

gend, daß die Versorgung Deutsch-Böhmens mit den von der Entente bereit gestellten Lebensmitteln nicht auf dem Umwege über Prag, sondern direkt durch amerikanische Kommissionen in Deutsch-Böhmen selbst durchgeführt werde.

Schiffswund. Die italienische Genjur erlaubt endlich über das vor einigen Tagen geschehene Unglück des Dampfers „Ambria“ zu berichten. Der „Secolo“ meldet, daß am 19. März der Dampfer „Ambria“ von Venedig mit Bestimmung Tripoli in See stieß. Auf dem See befanden sich 2000 Soldaten. Etwa 20 Kilometer vom Hafen von Bari entfernt stieß der Dampfer auf eine treibende Mine, durch deren Explosion ihm ein großes Loch in die Schiffswand gerissen wurde. Rettungsboote überfluteten sich und die Insassen fielen in das Wasser. Das Schiff konnte nach unzähligen übermühten Schwierigkeiten den Hafen von Bari erreichen. Man zählt ca. 50 Verwundete etc. Bis jetzt konnten nur 2 Leichname geborgen werden.

Die Deputation des Voralberg wurde beim Bundesrat auch inbezug auf die Fortsetzung der Lieferung von Mehl vorstellig, da der bezügliche Vertrag nur bis Mitte April läuft und das Voralberg aus Wien gar nicht mehr verproviantiert wird.

Schweiz

Das Zentralkomitee der solothurnischen katholisch-konservativen Volkspartei beschloß die Initiative Rothensberger einstimmig abzulehnen, da sie ein politisches Mandat sei, und die Wohlfahrt der Alters- und Invalidenversicherung seinen einzigen Tag beschleunige. Dagegen verlangt die Volkspartei die sofortige Durchführung der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisen-Versicherung. Diese soll nach dem Beispiel der eidgenössischen Krankenversicherung durchgeführt werden. Eine Monopolanstalt wird abgelehnt.

Schuloladeausfuhr. Die am 25. März mit der Schweiz abgeschlossene Uebereinkunft gestattet die Einfuhr gewisser schweizerischer Waren in Frankreich im Rahmen bestimmter Kontingente. Monatlich dürfen 850 Zentner Schokolade, darunter 600 q gewöhnliche Schokolade, zu den vom Verpflegungsmittelfestgesetzten Bedingungen, und 250 q Milchschokolade eingeführt werden. Die Verteilung unter die schweizerischen Industriellen geschieht nach dem im „Amtsblatt“ vom 8. Dezember 1918 festgesetzten Bedingungen. Ein einzelner Importeur darf ohne ausdrückliche Erlaubnis monatlich nicht mehr als den zwanzigsten Teil des der Lebensmittelindustrie, der Siderei, der Eisenindustrie und der Seidenindustrie zugewiesenen Kontingente erhalten.

Der Verband schweizerischer Viehhändler hat an das Ernährungsamt eine Eingabe gerichtet, worin es ersucht wird, während der fleischlosen Woche jeden An- und Verkauf, sowie Tausch von Schlacht- und Kuhvieh zu unterbinden und durch eine strenge Kontrolle seitens der Kantone die Durchführung eines solchen Verbotes zu garantieren. Der Auf nach Einschränkung der Zahl der Viehhändlerbewilligungen sei durchwegs berechtigt.

Lavinsenschäden. Der große Schneefall hat am Bernina mehrere Lawinen verursacht, die die Freistellung für die Bernina- und für die Rhätische Bahn auf größere Distanz verzögern. Der Verkehr der Berninabahn ruht auf der Bergstraße. Die Rhätische Bahn hatte starke Verspätungen auf der Unterengadiner Linie und fährt heute mit Dampf. Telegraph und Telefon ins Pustschlun wurden durch Wegbrechen der Leitungen unterbrochen. Die Malojapost kam nur bis Silvaplana, bezw. Maloja und erst gestern nach St. Moritz.

Die Freistellung für die Bernina- und für die Rhätische Bahn auf größere Distanz verzögern. Der Verkehr der Berninabahn ruht auf der Bergstraße. Die Rhätische Bahn hatte starke Verspätungen auf der Unterengadiner Linie und fährt heute mit Dampf. Telegraph und Telefon ins Pustschlun wurden durch Wegbrechen der Leitungen unterbrochen. Die Malojapost kam nur bis Silvaplana, bezw. Maloja und erst gestern nach St. Moritz.

Verschiedene Meldungen.

(Zürich, 3g.) Als eines der ersten bairischen Regimenter ist das in Augsburg garnisonierende 4. Feldartillerieregiment vollständig aufgelöst worden. Offiziere und Mannschaften wurden entlassen und die Pferde versteigert.

Bei der Firma Thyssen und Cie. sind in Mittelheim die gesamten Angestellten vorgestern in den Ausstand getreten, nachdem die Firma die Lohnforderungen abgelehnt hat. Das ganze Werk ist stillgelegt.

Am 2. April sind die technischen und kaufmännischen Angestellten in der Berliner Metall-Industrie in den Ausstand getreten. Die Zahl der Streikenden beläuft sich nach ungefähre Schätzung auf über 30,000.

Wie der „Daily Telegraph“ erzählt, ist der seit 14 Tagen andauernde und 40,500 Bergleute umfassende Ausstand in den Gruben des Nottinghamshire's nunmehr beendet.

Am 31. März ging mit der bekannten Begleiterscheinungen die Sprellauten oberhalb des Dorfes Guttannen nieder. Die Kampfstärke ist auf längere Zeit gespart. Die Räumungsarbeiten müssen wegen steter Lawinengefahr verschoben werden.

Zürich, 3. April. Die Zahntechniker sind in der ganzen Schweiz in eine Lohnbewegung getreten.

Mästel. G. L. R. u. S. 3. April. feierte heute die 30. die Schlacht bei Mästel unter Witterung. Sprach namens des er sich besonders über nossenschaft erwachsen tete und einen opho das Wort redete. Sprach Dr. Karl Brühler im roten Feld. Die von Chur gelebret.

Wittgen

Bern, 3. April. a des Eidgen. Ernähr Schlachtungen zum Fleischkonsum und ten. Die Aufertigung den laufenden Bedarf reich ist erlaubt, dage Anfertigung von Konfleischem Fleisch und verboten.

Durch eine Verfügung departementales werden sische Fests und Cellaufgehoben.

Kanton

Utterswil.

Sonntag, den 30. 9. Welser die Gemeinbe der Ungunst der Wittig Mann dazu erstreckung, die für die Zeit ein befriedigend nicht, ebenso der Auch die allgemeine lich benutzt.

Erst zu vorgeleitete bereits viele zur Krauf die Volksw G r ü n d u n g e n e l o n s e r v a t i v e n e b e n f a l l s i m S c h u l h w e r d e n .

Herr Großrat Bär sammlung, indem er Sägen den Zweck der Dr. Wäger hielt ein Notwendigkeit. Die heutigen: hebe Umsturz, der gen Güter, den Staat auch unsere gefamte nichten droht, mach aller Gutgestanten, und Staat, von Jam her hat im verflissen schweizerische Konseru nem eindringlicher N jen zur Sammlung rufen. Die ganze V l i c h u n g d e s P a r t e i v e r p o l i t i c h e n w i e s o z i e n ö s s i g e m w i e k a n t o d a n n v o n E r f o l g b e f a r t e , o r g a n i s i e r t e f o l g t . D a s P r o g r a m m i n f o r m i e r t e v o r l e g t , i n f e r d e r P a r t e i g e n d e s e l b e n w e r t i s t .

An der interessan Herrn Lehrer Burt leitete wurde, beteilig ren Greber, Dr. A w h l , M i t g l i e d e r d e r T a g e s p r ä s i d e n t . G r ü n d u n g e n e i n e r d i e G e m e i n d e d e l e g i e . D i e S c h a f f u n g e i n e r d e n a c h s e i n e r A n f i e h r d e r P a r t e i f ü h r e n . t i o n e n g e f ü h r t , g l a d e s I n i t i a t i v k o m i t e e . D i e a n w e n d e n e n k o m i t e e s k o n n t e n a l l g e w ö h n l i c h e A n f i e h r e n z e r s t r e u e n . D a s e r O f f e n h e i t v o r g e w u r f i s t d e r D e f e n t e n W a h l - u n d A l l i a n z m a r t w e g e d e r G e i . A u f e i d g e n ö s s i g e n h a r t e n s o v i e l e F r o n g u n g , d a s e i n e r n e r V e r s p ä t u n g g l e i c h .

Schon im Monogendische Abstimm Herbst die Erneuti onalrat, sodas Sommermonaten lassen dürfen. Dr. b e r i n g e n d e r D e r v o l k s r e c h t e e n ö s s i g . W e i b e r d e l e g i e t e n , b i e k e n n t , s e i a l l e r d i e V o l k s w i l l e n n i c h t . N a c h d e m d i e v

Wahlscheinungen die Sprellauten oberhalb des Dorfes Guttannen nieder. Die Kampfstärke ist auf längere Zeit gespart. Die Räumungsarbeiten müssen wegen steter Lawinengefahr verschoben werden.

Zürich, 3. April. Die Zahntechniker sind in der ganzen Schweiz in eine Lohnbewegung getreten.

rsorgung Deutsch-Böhmen's... bereit gestellten... über... durch amerikanische... deutsch-Böhmen selbst durch...

ag. Die italienische Gen... über das vor einigen Ta... glück des Dampfers „Am... Der „Savo“ meldet, daß... Dampfer „Ambria“ von... Timonium Tripoli in See... Schiffe besaßen sich 2000... 20 Kilometer vom Hafen... sich der Dampfer auf eine... nno, durch deren Explosion... och in die Schiffswand ge... leitungsbote überfliegen... fien fielen in das Wasser... nach unzähligen Überwin... nten den Hafen von Bari... zählt ca. 50 Verwun... konnten nur 2 Leichname...

hweiz... des Borarberg wurde... auch inbezug auf die Fort... lung von Wehr vorfertig... Vertrag nur bis Mitte April... Borarberg aus Wien gar nicht... ert wird.

mitte der sozialistischen... ativen Volkspartei beschloß... öthenbürger entschieden ab... in politisches Wandern sei... der Alters- und Invaliden... in einzigen Tag beschleunde... t die Volkspartei die so... ung der Alters-, Invaliden... isen-Versicherung. Diese soll... der eidgenössischen Kran... durchgeföhrt werden. Eine... wird abgelehnt.

Die am 25. März mit... schlossene Uebereinkunft ge... ihr gewisser schweizerischer... eich im Rahmen bestimmter... onatlich dürfen 850 Zentner... unter 600 q gewöhnliche... en vom Verpflegungsmi... Bedingungen, und 250 q... geshwärt werden. Die Ver... schweizerischen Industriellen... in „Antisblatt“ vom... d festgesetzten Bedingungen... porteur darf ohne ausdrück... onatlich nicht mehr als den... des der Uhrenindustrie, der... emindustrie und der Seiden... Konningente erhalten.

schweizerischer Viehhändler... ährungsamt eine Eingabe... e wünscht wird, während der... s jedem An- und Verkauf... Schlicht- und Ruzpich zu... durch eine strenge Kontrolle... one die Durchföhnung eines... zu garantieren. Der Auf... ung der Zahl der Vieh... stungen auf der Untereng... chert heute mit Dampf. Te... phon ins Puschlag wurden... den Bedingungen unterbrochen... kam nur bis Sibapiana, und... erst geföhrt nach St. Moritz.

ese Meldungen... Als eines der ersten bahri... ist das in Augsburg gami... Feldartillerieregiment voll... worden. Offiziere und... rden entlassen und die... Thysen und Cie. sind in... unten Angestellten vorgestern... getreten, nachdem die Firma... rgen abgelehnt hat. Das... lgelegt.

die technischen und laufs... ellen in der Berliner Me... den befaßt sich nach unge... auf über 30,000.

Telegraph“ erfährt, ist der... wauernde und 40,500 Berg... usstand in den Gruben des... s nimmher beigefügt.

Märfeserfahrt.
Glarus, 3. April. ag. Das Glarner Volk feierte heute die Fahrt zur Erinnerung an die Schlacht bei Räfels bei verhältnismäßig guter Witterung. Landesstatthalter Haufer sprach namens des Regierungsrates, wobei er sich besonders über die der neuen Eidgenossenschaft erwachsenden Aufgaben verbotene und einen opferfreudigen Sozialpolitik das Wort redete. Bei der kirchlichen Feier sprach Dr. Karl Brubin über das weiße Kreuz im roten Feld. Die Messe wurde vom Bischof von Chur gelebt.

Wirtschaftliches.
Bern, 3. April. ag. Durch eine Verfügung des Eidgen. Ernährungsamtes werden alle Schlachtungen zum Zwecke der Herstellung von Fleischkonserven und Dauerwurstwaren verboten. Die Aufbereitung von Dauerwürsten für den laufenden Bedarf in gewöhnlichen Metzgereien ist erlaubt, dagegen ist die fabrikmäßige Anfertigung von Konserven und Würsten aus frischem Fleisch und auch aus Geflügelfleisch verboten.

Durch eine Verfügung des Volkswirtschaftsdepartementes werden die Höchstpreise für tierische Milch und Eile zu technischen Zwecken aufgehoben.

Kanton Freiburg

Unterwil.
Sonntag, den 30. März, fand hier nach der Besper die Gemeindeversammlung statt. Trotz der Ungunst der Witterung waren über dreißig Mann dazu erschienen. Die Gemeindeversammlung, die für die gegenwärtige schwere Zeit ein befriedigendes Bild ergab, wurde genehmigt, ebenso der Voranschlag für 1919. Auch die allgemeine Aussprache wurde reichlich benutzt.

Erst zu vorgerückter Nachmittagsstunde, die bereits viele zur Arbeit heimlich, konnte darauf die Volkswerversammlung zur Gründung einer Ortssektion der konservativen Volkspartei, die ebenfalls im Schulhause stattfand, begonnen werden.

Herr Großrat Bärtschli eröffnete die Versammlung, indem er mit ein paar markanten Sätzen den Zweck derselben erklärte. Redaktor Dr. Wäger hielt ein kurzes Referat über die Notwendigkeit einer Parteiorganisation. Die heutige Weltgeschichte, der drohende Umsturz, der unsere wertvollsten geistigen Güter, den Glauben und die Familie, aber auch unsere gesamte Staatsordnung zu vernichten droht, mahnen zum Zusammenschluß aller Gutgesinnten, zum Schutze von Kirche und Staat, von Familie und Gesellschaft. Daher hat im verflochtenen Monat Dezember die schweizerische konservative Volkspartei in einem einbringlichen Appell an die Parteigenossen zur Sammlung und Organisation aufgerufen. Die ganze Parteifaktion zur Verwirklichung des Parteiprogrammes, seiner religiös-politischen wie sozialen Postulate auf eidgenössischem wie kantonalem Gebiete wird nun dann vom Erfolg begleitet sein, wenn eine starke, organisierte Partei unseren Führern folgt. Das Programm, das uns das Initiativkomitee vorlegt, ist derart, daß es des Eidgenossen der Parteigenossen zur Durchföhnung derselben wert ist.

An der interessanten Diskussion, die von Herrn Lehrer Burri als Tagespräsident geleitet wurde, beteiligten sich der H. H. Wärrer, Greber, Dr. Exler, Großrat Bärtschli, Mitglieder des Initiativkomitees und der Tagespräsident. Hr. Greber wollte die Gründung einer Ortssektion verschieben bis die Gemeindevereinigten abgetrennt seien. Die Schaffung einer Parteiorganisation würde nach seiner Ansicht zu einer Spaltung in der Partei führen. Auf unrichtige Informationen gestützt, glaubte er die ganze Aktion des Initiativkomitees verächtlichen zu müssen. Die anwesenden Mitglieder des Aktionskomitees konnten aber der Versammlung jede gewöhnliche Anfertigung geben und alle Bedenken zerstreuen. Das Aktionskomitee ist in aller Offenheit vorgegangen, der Statutenentwurf ist der Öffentlichkeit durch die „Freiburger Nachrichten“ bekanntgegeben worden, und die Beschlüsse der gemeinsamen Sitzung des Wahl- und Aktionskomitees sind auf dem Zirkularwege der Öffentlichkeit zugestellt worden. Auf eidgenössischem, wie kantonalem Gebiete hatten so viele Fragen und Probleme der Lösung, daß eine weitere Verzögerung auch einer Verpätung gleich käme.

Schon im Monat Mai haben wir eine eidgenössische Abstimmung vorzunehmen und im Herbst die Erneuerungswahlen in den Nationalrat, sodas wir die kurze Zeit vor den Sommermonaten nicht unzulässig verstreuen lassen dürfen. Hr. Burri hätte gerne die Forderungen der Demokratie, die Erweiterung der Volksrechte etwas mehr betont wissen müssen. Bei der Institution der Gemeindevereinigten, sei allerdings von Demokratie und Volkswillen nicht die Rede.

Nachdem die oft mit Weisfall ausgenomme-

nen Diskussionsreden zu Ende waren, stellte Hr. Großrat Bärtschli dem Antrag: „Die Versammlung beschließt auf Grund des vorliegenden Statutenentwurfes grundsätzlich die Gründung einer Ortssektion der konservativen Volkspartei.“ Mit 26 gegen 2 Stimmen wurde dieser Antrag einem zweiten Antrag, des H. H. Greber, die Gründung bis nach der Delegiertenversammlung zu verschieben, vorgezogen. Dreißig Anwesende traten sofort unterschrieben der Sektion bei und beitrauen ein fünfgliedriges provisorisches Komitee mit den weiteren Organisationsarbeiten.

Vorgeschlagen wurden hierfür die Herren Burri, Lehrer; Sulz, Landwirt, zum Stein; Peter Linguey, Sattler; Ed. Fajel, Wirt und F. J. Fajel, Wartepräsident. Da Herr Burri die Arbeit in jüngere Hände gelegt wissen wollte, wählte die Versammlung an seine Stelle Hr. Großrat Bärtschli. Bei der definitiven Konstituierung wird auch das Komitee entsprechend erweitert werden.

Dieses Komitee wird nun die weiteren Arbeiten zur definitiven Gründung der Sektion an die Hand nehmen. Es nimmt auch gerne die weiteren Beitritts-Anmeldungen entgegen.

Zur Armeefrage.
(Eing.) In seinem Bericht über die Gemeindeversammlung von Didingen vom Sonntag, den 30. März, der in Nr. 77 der „Freib. Nachr.“ erschienen ist, meldet uns ein Korrespondent aus Didingen, daß Herr Großrat Bärtschli als Präsident der Versammlung die Anwesenden aufgefordert habe, ihm Mittel und Wege zu nennen, die geeignet wären, die Armenlasten der Gemeinde um 50 % zu reduzieren.

Schreiber dies macht sich nicht an, diese schwierige Frage lösen zu wollen. Doch möchte er einen Weg in Erinnerung rufen, auf den schon Duzend mal hingewiesen wurde: Die Revision des Armeengesetzes. Erst vor 3 Jahren noch ist ein Unterschriftenbogen in den Gemeinden des Kantonsbezirkes zirkuliert und gesammelt worden, der dies verlangte. So weit ich recht unterrichtet bin, sind die Unterschriften an die zuständige Behörde abgegangen. Was ist mit ihnen geworden? Warum hat man sie nicht beachtet?

Konzert.

(Eing.) Nächsten Sonntag, den 6. April, abends 4 1/2 Uhr, findet in der reformierten Kirche das übliche Frühjahrskonzert des Deutschen Gemischten Chores und Männerchors Freiburg statt.

Das sorgfältig zusammengestellte Programm verpricht mannigfaltige Abwechslung und hohen musikalischen Genuß. Von den Nummern für Gemischten Chor nennen wir: Chor der Landleute aus den „Friedenszeiten“ von J. Haydn, sowie Kompositionen von F. Mendelssohn und G. H. Rägeli. Der Männerchor wird mit vier Liedern aufgeführt, wovon zwei von E. Zürchli und eines von G. H. Rägeli.

Uebrigens steht das Programm Frauen- und Mädchen vor. Eine weitere Abwechslung bietet das Konzert durch Einlagen mehrerer Instrumentalnummern, für deren Uebernahme sich das in unserer Stadt sehr vorteilhaft bekannte Streichquartett „Wargulrite“ bereit erklärt hat.

Die wackere und unentwegte Arbeit der Sänger und Sängerinnen, deren Reichen sich im Laufe des vergangenen Winters beträchtlich vermehrt haben, bietet alle Gewähr für reiche Befriedigung der Zuhörerschaft. Mögen die Freunde guter Musik und geliebten Gesanges sich am Sonntag recht zahlreich zum Konzert einfinden, um dem frechamen Vereine und dessen thätigen und unermüdblichen Direktor, G. S. Perker, auch dieses Mal die wohlverdiente Sympathie zu bezuugen!

Corbasi.

(Eing.) In hier hat vom 17. bis 23. März in der Wirtschaft Hölly, unter der Leitung von Frau Stregler-Müller aus Zürich ein Glätt- und chemischer Maschinen-Tagungsfest, der von 32 Frauen und Töchtern besucht wurde. Sämtliche Teilnehmerinnen waren über die gebotenen Anweisungen höchst befriedigt. In nächster Zeit soll ein ähnlicher Kurs auch in Gurnelst abgehalten werden, zu dessen Besuch wir die Hausfrauen und Töchter nur aufmuntern können.

Mittelkurse der Wenzelsbörse
vom 3. April 1919.
Mitteltung der Wechselkurse R. Gensers
Schillingengasse 18, Freiburg.

Paris	82.62 1/2	Wien	17.15
London	22.95	Wag	21.-
Konstanz	4.94 1/2	Rudland	33.-
Basel	78.65	St. Gallen	183.-
Mailand	65.05	Caribiana	128.-
Spanien	100.15	Kopenhagen	124.50
Dolland	200.50	Sofia	38.-
Berlin	42.80		

Lenzen: fester für Belgien und Italien, sehr schwach für die übrigen Devisen.

Neueste Meldungen
Freitag, 6 Uhr morgens.

Forderungen an die Friedenskonferenz.

Paris, 3. April. In der Kammer schlug Raynold vor, am Freitag den Bericht über den Vorschlag die Entwafrnung Deutschlands zu erzielen, zu beraten. Dieser Vorschlag lautet: Die Kammer ist entschlossen, die vollständige Entwafrnung Deutschlands zu gestanden zu erhalten. Sie läßt die Regierung ein, an der Friedenskonferenz, den Gedanken zur Annahme zu bringen, daß Deutschland weder eine Armee, noch irgend eine Art bewaffneter Organisation behalten darf.

Wichon erklärte den Vorschlag als verfassungswidrig, die Regierung plüchte aber dem Gedanken bei und werde alles daran setzen, eine volle Abrüstung Deutschlands zu erzielen.

Paris, 3. April. Dem „Temps“ zufolge hat der Vicerat eine dreigliedrige Kommission ernannt, um den Vorschlag betreffend die wirtschaftliche Ausbeutung des Saarbezugs durch Frankreich und die Gummilastifizierung des linken Rheinuferes zu prüfen. Der Kommission gehören an Lardieu für Frankreich, Seablam-Worley für England und Haslins für die Vereinigten Staaten.

London, 3. April. Im englischen Unterhaus erklärte Bonar Law, bei Besprechung der Entschädigungsfrage, daß es Englands Ziel sei, zu erhalten, was Deutschland immer bezahlen könne.

Das Danziger Problem.

Spa, 3. April. ag. (Lwos.) Erzberger kam um 5 Uhr nachmittags, begleitet von folgenden technischen Beratern an: Simon, Staatssekretär, Kommandant Wälisen, Direktor des Zentralbureaus für den Schutz der Ofgrenze, Kommandant Wöltscher, Präsident der Untorkommission für Transportwesen, Zahn, Oberbürgermeister von Danzig und die Vertreter Emmer und Diefen.

Paris, 4. April. Gestern ist Marschall Foch in Spa eingetroffen. Er hatte eine 40-minütige Besprechung mit Erzberger. Er legte die Bedingungen der Entente vor.

Die Streiklage in Württemberg.

Stuttgart, 3. April. ag. (Wolff.) Im Laufe des gestrigen Tages ist es nach den amtlichen Berichten im Borat Ostheim und in Cannstadt zu Kämpfen gekommen. In Unterwürttemberg konnten sich die Sparraktiven eines Lagers mit Handgranaten bemächtigen. Der Befehl dieser Waffe hat in Cannstadt zu schweren Kämpfen geführt, wobei es Lore und Vermundete gab. Die Stellung der Regierung ist nach wie vor unerschütterlich. Sie ist Herrin der Lage und wird mit fester Hand Ordnung schaffen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde eine Anzahl Sparraktivenführer in Haft genommen. Sämtliche Groß-Stuttgarter Truppen stehen treu zur Regierung. Man darf hoffen, daß am Freitag, den 4. April, in einer Reihe von Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen wird. Im übrigen sind Gfingen, Gföppingen, Ludwigshafen, Ravensburg und Friedrichshafen vom Generallstreik erfaßt, doch ist in diesen Betrieben eine nennenswerte Ruheströmung gestern nicht vorgekommen. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist infolge der scharfer gewordenen Kämpfe erheblich gestiegen, steht indes nicht genau fest.

Generallstreikprojekt.

Bern, 3. April. ag. In der Nachmittagsitzung erhielt das Wort zur Recht Auditor Meyer: Die Verteidigung hat sich bemüht, darzutun, daß das Truppenaufgebot ohne jede Ursache erfolgt ist, und daß die sozialdemokratischen Führer niemals an einem revolutionären Generallstreik dachten. Dem gegenüber verweise ich auf verschiedene am Basler Arbeiterkongreß vom Juli 1918 gefallene Besen, wo unter anderem der heute angeklagte Schneider erklärte, daß bei einem Generallstreik selbstverständlich an die Truppen die bestimmte Aufforderung zu richten sei, ihren Vorgesetzten den Gehorsam zu verweigern und nicht auf die Arbeiter zu schießen, und wo Robs als Präsident der Arbeiterunion Zürich erklärte, Zürich sei auf die Aktion schon lange vorbereitet. Und in der Schlachthausstrasse dieses Kongresses wurde der Wille bekundet, an die Eisenbahner im Falle der Mobilisierung die Aufforderung zu richten, den Gehorsam zu verweigern. Das waren gewiß nur theoretische Beschlüsse, aber sie mußten die Behörden darauf aufmerksam machen, daß etwas im Werke sei.

Die Verteidigung hat im großen ganzen den von mir festgestellten Tatsachen nicht bestritten. Warum hat am Sonntag, dem Tag des Streikbeschlusses, dem Bundesrat die Forderung gestellt, die Truppen in Zürich unter Glasverschuß zu stellen, die Versammlung auf dem Fraumünsterplatz und auch die Ausstreife Münzbergers aus der Schweiz zu gestatten.

Auf diese Forderungen, für die sich Grimm auf feinerlei Parteibeschlüsse stützen konnte, durfte der Bundesrat nicht eingehen. Die Ursache der Bewegung war nichts anderes als die Schreibeise der sozialdemokratischen Presse vom 2. bis 9. November, die Tag für Tag die russische Revolution verherrlichte und damit jene Spannung schuf, die den Generallstreik möglich machte. Die Verteidigung hat gestützt auf die Zeugenaussagen der Sekretäre und Präsidenten der Eisenbahnerorganisationen, den Nachweis erbringen wollen, daß der Generallstreik von der Eisenbahnerschaft gefordert wurde. Aus dem von mir vorgelegten Protokoll der Vierter Eisenbahnerversammlung vom 11. November geht aber klar hervor, daß die Eisenbahner vom Streikbeschlusse überrascht waren und ihn zum Teil direkt mißbilligten. Bezeichnend ist, daß die Führer der Eisenbahner diesen keine Kenntnis gaben von den Samstag, den 9. November, gemachten Zugeständnissen vor Bundesrat Motta in der Frage der Leuzenerzugulagen. Es ist sehr fraglich, ob die Eisenbahner überhaupt mißgemacht hätten, wenn diese Zugeständnisse des Bundesrates ihnen zur Kenntnis gekommen wären.

Die Angeeschuldigten erklären selbst auf dem Standpunkt zu stehen, daß die Minderheit sich der Wehrheit zu fügen hat. Sie haben vollständig vergessen, daß die sozialdemokratische Partei nur einen Teil des Staatsganzen bildet und daß sie deshalb nicht das Recht hat, über die Mittel des Staates zu verfügen.

Niemand kann dem Bundesrat den bösen Glauben unterstellen, daß er mit dem Truppenaufgebot eine Provokation bezweckte und es ist Tatsache, daß die Truppen niemanden provokiert haben. Es ist erwiesen, daß der Aufruf in Zürich und Uhwiesen an die Truppen verteilt wurde. Die Stellen im Aufruf, in denen empfohlen wird, dem Befehl der Vorgesetzten nicht Folge zu leisten und nicht zu schießen, ergeben ohne weiteres den Tatbestand der Aufreizung und des Versuches, die Truppen zum Ungehorsam zu verleiten, was nach dem Strafgesetz als Meuterei zu ahnden ist.

Die Verteidigung hat großes Gewicht gelegt auf die Weigerung des Bundesrates das Memorial des Generals herauszugeben; aber an der Beurteilung der eingeklagten Handlungen könnte dieses Memorial darum nichts ändern, weil es den Angeklagten zur Zeit, da sie die Tat begingen, gar nicht bekannt war, somit auf ihre Tat keinen Einfluß ausübte und als irrelevant erscheint.

Für Schmid halte ich den Strafantrag in vollem Umfang aufrecht, da er den Aufruf, versehen mit seiner Unterschrift, verbreitete und darum für dessen Inhalt die Verantwortung trägt. Sicher erscheint mir jedoch, daß die Verurteilung des Bundesrates als Notverurteilung mit ihrer Publikation durch die Presse rechtsverbindliche Kraft erlöst und somit für die am Montag abend und den folgenden Tagen begangenen Handlungen anwendbar ist.

Dadurch, daß sich die Angeeschuldigten nach Bekanntgabe der Verurteilung nicht bemühten, die Eisenbahner zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, machten sie sich strafbar. Der Landesstreik wurde in den Arbeiterkongressen immer als eine Abwehrmaßnahme bezeichnet. Der Streik vom November stellt sich aber als eine Angriffsmäßnahme dar.

In der Generallstreikdebatte im Nationalrat ist, wie Herr Huber sagte, das Wort gefallen: Fiat justitia, percat mundus. Das ist freit gutes Wort, aber es berührt noch weniger erfreulich, wenn die Verteidigung erklärt, daß wenn eine Verurteilung erfolge, dann die organisierte Arbeiterschaft ihre Aktion verdoppeln und verdreifachen werde, und daß man nicht wissen könne, was daraus entstehen wird. Diese Drohung bedeutet eine Tyrannis der Minorität. Die Angeklagten wollen nicht einsehen, daß sie zu weit gegangen sind, und daß sie in die Rechte des Staates und in die gesetzliche Verfügungsgewalt des Bundesrates eingegriffen haben. Ich weiß nicht, was geschehen wird, wenn das Gericht nicht Recht spricht und wenn das Recht nicht angewendet wird. Aber sicher ersehe ich, daß die Angeeschuldigten, wenn sie auch auf Strafmilderungsgründe Anspruch erheben können, nicht strafflos ausgehen dürfen, während Soldaten und Eisenbahner, die nur auf ihren Befehl gehandelt haben, mit Gefängnisstrafen von mehreren Monaten bestraft wurden. Ich überlasse den Entscheid darüber dem Gericht. Die Anklage habe ich gestellt und ich halte sie aufrecht.

Die Verhandlungen werden um 3 1/2 Uhr abgebrochen und auf morgen Vormittag verlag.

Für die Redaktion verantwortlich: Jos. Pouchard; Dr. Fr. Wäger.

